

KLEINES GLÜCKSSPIEL

Kritik an Glücksspielgesetz: Verein zeigt Automatencasinos an

14. Juni 2011, 17:21

Anwalt: "Husch-Pfusch-Gesetz", das nicht**exekutiert wird**

Wien - Die Kritik am neuen Glücksspielgesetz (GSpG) reißt nicht ab. Eigentlich hätte mit der Novelle 2010 das bisher nur in vier Bundesländern erlaubte Automatenzocken klar geregelt werden sollen. Stattdessen ist zwischen der neu installierten, im Finanzministerium angesiedelten "Soko Glücksspiel" und der "echten" Polizei ein Zwist darüber entbrannt, wer nun dafür zuständig ist, Spiellokale zu kontrollieren und gegebenenfalls illegale Slot Machines aus dem Verkehr zu ziehen. Der Grazer Anwalt Christian Horwath sprach am Dienstag von einem "Husch-Pfusch-Gesetz". In Namen des Vereins VPT, der sich unter anderem in Sachen Spielsucht engagiert, hat er bereits zehn Automatenbetreiber angezeigt.

Weil sich sich "bei den Kompetenzen die Geister scheiden", habe er die Betreiber sowohl bei Bezirkshauptmannschaft und Finanzpolizei als auch bei der Staatsanwaltschaft angezeigt, so Horwath am Dienstagnachmittag. "Auch einen Antrag auf Beschlagnahme haben wir gestellt."

Auch Verbot keine Lösung

"Das neue Glücksspielgesetz wird nach wie vor nicht exekutiert und viele Firmen betreiben ganz ungeniert illegale Casinos - in Bundesländern, in denen das Glücksspiel noch nie erlaubt war", empörte sich der vor rund eineinhalb Jahren gegründete Verein VPT in einer Aussendung.

Das momentan in der Stadt Wien diskutierte Verbot des sogenannten kleinen Glücksspiels sei aber auch keine Lösung, meinte Horwath. Denn nach dem neuen Gesetz können sogenannten Video Lotterie Terminals (VLT, zentralvernetzte Spielautomaten) ohne Beschränkung im ganzen Land aufgestellt werden. Die Berechtigung für das Betreiben von VLT-Outlets hängt an der Lotterien-Lizenz, die gerade ausgeschrieben wird. "Wir haben den Verdacht, dass gezielt auf das kleine Glücksspiel losgegangen wird, damit man sich später 'den Kuchen' bei den Videolotteriecasinis in Ruhe aufteilen kann," so der VPT.

Die "Soko Glücksspiel" hat bisher laut Angaben des Finanzministeriums rund 700 Automaten in etwas mehr als neun Monaten beschlagnahmt. Betroffene Automatenbetreiber haben die "Soko"-Beamten, die der Betrugsbekämpfungsbehörde des Finanzministeriums unterstehen, mit Anzeigen wegen Amtsmissbrauchs eingedeckt. (APA)

© derStandard.at GmbH 2011 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.